

GRUNDSTEINE FÜR EINE STADT FÜR ALLE

POSITIONEN DES NETZWERKS »STADT FÜR ALLE« ZUM »HANDLUNGSKONZEPT WOHNEN«

Die Anzahl der Bewohner*innen in Bochum sinkt seit zwei Jahren nicht mehr. Mit dem Ende der Schrumpfung kehrt die Wohnungsfrage zurück ins Ruhrgebiet. Das hat inzwischen auch die Stadt Bochum erkannt und ein »Handlungskonzept Wohnen« erarbeitet, das die wohnungspolitische Strategie der nächsten Jahre festlegt.

Im vorliegenden Entwurf des »Handlungskonzepts Wohnen« werden die Bedürfnisse großer Bevölkerungsgruppen jedoch nicht berücksichtigt. Es setzt auf die Privatisierung öffentlicher Flächen und Anreize für privatwirtschaftliche Investoren und wird die Situation für Geflüchtete, Menschen mit geringen Einkommen und Bezieher*innen von Transferleistungen nicht verbessern.

Nachfolgend stellen wir die Maßnahmen des »Handlungskonzepts Wohnen« und unsere Vorschläge dazu gegenüber.

Beschlussvorschlag »Handlungskonzept Wohnen«

Die Stadt soll weiterhin Bauland privatisieren, damit Investoren mehr Wohnungen bauen.

Die Stadt soll bei privaten Investoren dafür werben, dass sie Wohnungsbauförderungen des Landes in Anspruch nehmen. Die neuen Wohnungen sind dann so lange mietpreisgebundene „Sozialwohnungen“, bis der Investor die geförderten Kredite zurück gezahlt hat.

Die Stadt soll die Modernisierung von bestehenden Mietwohnungen finanziell fördern. Durch die Modernisierung kann die Miete steigen.

Keine kommunale und gemeinnützige Wohnungsgesellschaft.

Kein Leerstandskataster, um Wohnungsleerstand zu erfassen.

Beim Bau von neuen Mietshäusern müssen nur dann 20 Prozent als Sozialwohnungen errichtet werden, wenn es sich um Großprojekte mit über 2.000 m² Geschossfläche handelt. Und auch bei diesen Großprojekten kann die Stadt dem Investor Ausnahmen erlauben.

Vorschläge des Netzwerks »Stadt für Alle«

Die Stadt soll ihre Grundstücke nicht privatisieren, sondern dort selbst kommunalen Wohnungsbau betreiben.

Die Stadt soll Wohnungsbauförderungen von Land und Bund selbst für kommunalen Wohnungsbau nutzen – und die Wohnungen dauerhaft gemeinnützig bewirtschaften. Dadurch gibt es dauerhaft günstigere Mieten, da kein Profit erwirtschaftet werden muss.

Die Stadt zahlt Vermieter*innen nur dann Fördergelder zur Modernisierung ihres Wohnungsbestands, wenn die Warmmiete durch die Modernisierung nicht steigt.

Die Stadt soll eine eigene gemeinnützige Wohnungsgesellschaft gründen oder die halbstädtische VBW kommunalisieren und auf gemeinnützige Ziele verpflichten.

Die Stadt soll leerstehende Wohnungen in einem Leerstandskataster erfassen, und sich darum kümmern, dass sie wieder vermietet werden.

Beim Bau von Mietshäusern soll eine Sozialwohnungsquote von mindestens 30 Prozent gelten – für alle Investoren, in allen Stadtteilen und ohne Ausnahmen.

Wofür würden Sie stimmen?



STADT FÜR ALLE

www.stadt-fuer-alle-bochum.net / stadt-fuer-alle-bochum@riseup.net

V.i.s.d.P.: Klaus Beerwald, c/o Soziales Zentrum Bochum, Josephstraße 2, 44791 Bochum